



Senator Axel Gedaschko

*Präsident der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
der Freien und Hansestadt Hamburg*

„Arbeitsmarktpolitik in der Krise – die Stadt als starker Partner für die Menschen“

Das heutige Thema, zu dem ich vortragen darf, ist ein sehr spannendes und aktuelles: „Arbeitsmarktpolitik in der Krise – die Stadt als starker Partner für die Menschen“.

Damit ist weniger der Gedanke angesprochen, dass sich die Arbeitsmarktpolitik selbst in der Krise befindet. Der Titel impliziert vielmehr die spannende und aktuelle Fragestellung: Wie können wir der derzeitigen Konjunkturkrise auch mit den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik begegnen?

Die ganze Welt spricht über die aktuelle Konjunkturkrise. Es wird bisweilen von der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik gesprochen. Täglich werden neue Prognosen erstellt. Man könnte schon von einem Prognosewettbewerb in den Medien sprechen. Die genaue Entwicklung können allerdings auch die Wirtschaftsforscher nicht voraussagen. Auch ich kann Ihnen daher nicht sagen, wie schwer sich der konjunkturelle Nachfrageeinbruch auf die Wirtschaftskraft auswirken wird. Ich bin aber optimistisch, dass wir diese Krise gut überstehen werden.

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren enorm gut an die wirtschaftlichen Veränderungen in der Welt angepasst. Die Unternehmen haben sich auf die Globalisierung eingestellt und bedienen die globale Nachfrage.

Arbeitsmarktpolitik hat dazu ihren Beitrag geleistet: So haben die so häufig gescholtenen Hartz-IV-Reformen in den letzten Jahren deutliche Wirkung gezeigt. Der Arbeitsmarkt war im Jahr 2008 wie auch in 2007 und 2006 durch eine anhaltende Belebung gekennzeichnet. Die Anzahl der Erwerbstätigen überstieg die Marke von 40 Millionen Personen, die der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg auf 27,5 Millionen Personen.

Hamburg verzeichnete über Jahre das stärkste Beschäftigungswachstum aller Bundesländer, die Arbeitslosigkeit ging von 100.000 auf unter 70.000 zurück. Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit haben auch sogenannte Problemgruppen profitiert: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ging ebenso zurück wie die Arbeitslosigkeit in benachteiligten Stadtteilen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wurde fast vollständig abgebaut!

Jetzt stehen wir an einer großen Wende auf dem Arbeitsmarkt: Mit dem Überschwappen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft ist die deutsche Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2008 deutlich zurückgegangen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war (preis-, saison- und kalenderbereinigt) im vierten Quartal 2008 um 2,1% niedriger als im dritten Quartal; das war der größte Rückgang gegenüber einem Vorquartal im wiedervereinigten Deutschland.

Auch hier zeigt sich die deutsche Wirtschaft aber robust: Japans Bruttoinlandsprodukt ist im letzten Quartal von Oktober bis Dezember auf das Jahr gerechnet um 12,7 Prozent eingebrochen. Dennoch: Die Konjunkturkrise wirkt sich derzeit auch auf dem Hamburger Arbeitsmarkt aus:

Am 20. September 1959 geboren in Hamburg. 1980 Abitur. 1982 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Hamburg und Göttingen, Schwerpunkt Verwaltungsrecht. 1990–1992 Referendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Celle. 1993–2000 Juristischer Dezernent bei der Bezirksregierung Lüneburg. 1996 einjährige Abordnung zur Gemeinde Seevetal, Bereich Umweltschutz und Entwicklungsplanung. 2000 Bereichsleiter beim Landkreis Harburg. 2003 Direktwahl zum Landrat des Landkreises Harburg. 2006 Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. 2007 Präsident der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Seit Mai 2008 Präsident der Behörde für Wirtschaft und Arbeit.

Aktuell sind mehr als 76.000 Hamburger arbeitslos. Die Arbeitsagentur befürchtet einen Anstieg um bis zu 20.000 Menschen! Die Zahl der offenen Stellen geht bereits zurück, aktuell wurden gegenüber dem Vorjahr 4.000 Stellen weniger gemeldet. Bereits jetzt haben 210 Betriebe mit mehr als 5.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kurzarbeit angemeldet. Ein Anstieg auf weit über 10.000 Kurzarbeiter ist zu befürchten. Allerdings: Hohe Kurzarbeiterzahlen sollten uns nicht schrecken. Sie zeigen, dass die Unternehmen versuchen, ihre Belegschaften zu halten, und Entlassungen vermeiden.

Alle Wirtschaftsfachleute sind sich einig: Der Staat muss in der konjunkturellen Krise etwas tun, um die einbrechende private Nachfrage aufzufangen. Mit der Hamburger Konjunkturoffensive reagiert der Senat. Meine Behörde hat das Konzept erstellt und ist jetzt mit der Koordinierung des Hamburger Konjunkturprogramms befasst.

Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung umfasst rund 10 Mrd. Euro für Bundesländer. Hamburg erhält Bundesmittel in Höhe von rund 230 Mio. Euro. Eine Auflage des Bundes ist ein Eigenanteil der Länder. Hamburg steuert rund 77 Mio. Euro bei. Somit stehen insgesamt rund 307 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II in Hamburg zur Verfügung.

Unsere eigene Konjunkturoffensive Hamburg 2009/2010 beinhaltet keine zusätzlichen Mittel. Es handelt sich um bereits in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Maßnahmen, die vorgezogen werden. Der entscheidende Vorteil ist eine sehr schnelle Umsetzung und damit unmittelbare Wirkung auf die Hamburger Wirtschaft. Gleichzeitig werden nachhaltige Strukturen zur langfristigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit etwa im Bereich Bildung, Qualifizierung, aber auch in der städtischen Infrastruktur geschaffen.

Beispiele für Investitionen für 2009/2010 aus dem Bundesprogramm sind:

- Hafensbahn: Überleitverbindung Wilhelmsburg, Erweiterung Bahnhof Hohe Schaar (südlicher Teil), Grundinstandsetzung Hafensbahnbrücken, Modernisierung und Optimierung der den Bahntransport im Hafen unterstützenden Systeme, insgesamt 17,2 Mio. Euro
- Einrichtung eines Laserzentrums Nord (LZN), 13,0 Mio. Euro
- Einführung eines IT-gestützten Verkehrsmanagements für den Hafen, 3,6 Mio. Euro
- Wiederaufbau Ostbake Neuwerk, 0,11 Mio. Euro

Beispiele für Investitionen und Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 im Bereich Forschung/Universitäten sind:

- Gründung des Zentrums für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) mit räumlich integriertem Fuel Cell Lab (FCL), 13,6 Mio. Euro
- Kooperationsbörse für an innovativen technischen Lösungen interessierte Unternehmen und Forschungsinstitute
- Gründung eines „Fraunhofer Center for Maritime Logistics and Services“ (CML), 3,1 Mio. Euro

Beispiele für Investitionen und Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 im Bereich Verkehrsinfrastruktur sind:

- Umsetzung des Projektes „ConChecker“ zur Beschleunigung der Leercontainerkontrollen an den Landübergängen der Freizonengrenze im Hamburger Hafen
- Aufbau eines zentralen LKW-Leitsystems (Truck Guide Hamburg) für die Metropolregion Hamburg mit Fokus auf den Nahverkehr für den Hamburger Hafen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie sehen, müssen wir die Krise als Chance nutzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und die Qualifikationen der Beschäftigten zu erhöhen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, unsere Marktposition zu behaupten und zu verbessern, für den Zeitpunkt, wenn der Aufschwung wieder einsetzt. Dies tun wir auch auf dem Arbeitsmarkt. Mit den Mitteln der Konjunkturoffensive wollen wir den prognostizierten Anstieg der Arbeitslosigkeit abmildern.

Wie sieht nunmehr die neue Hamburger Arbeitsmarktpolitik aus? Bei dem Einsatz von Ressourcen im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive verfolgen wir folgenden Dreiklang:

- Arbeitslosigkeit präventiv verhindern, indem wir die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sichern und die Qualifikation der Beschäftigten verbessern
- Arbeitslosigkeit engagiert bekämpfen, indem wir eine schnelle und nachhaltige Integration von Arbeitslosen gewährleisten
- Langzeitarbeitslosigkeit abbauen

Die Arbeitsmarktpolitik meiner Behörde verfolgt dabei das Ziel, passgenaue Lösungen für Unternehmen, Beschäftigte und Arbeitslose nach Maß zu schneiden und umzusetzen. Ich möchte Ihnen anhand dieses Dreiklangs erläutern, mit welchen Maßnahmen wir unsere arbeitsmarktpolitischen Ziele gerade jetzt verfolgen:

1. Arbeitslosigkeit präventiv verhindern

Volkswirtschaftlich am sinnvollsten ist es, Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Hier gilt die Maxime „Kurzarbeit und Qualifizierung anstatt Entlassungen“!

Kurzarbeit ermöglicht Unternehmen, Entlassungen zu vermeiden. Sie können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mithilfe des Kurzarbeitergeldes weiterbeschäftigen. Wenn die Konjunktur wieder anzieht und die Nachfrage nach Fachkräften steigt, können sie sofort auf ihre erfahrene und eingespielte Belegschaft zurückgreifen. In Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels ist das ein handfester Wettbewerbsvorteil.

Wird die Arbeitszeit der Beschäftigten gesenkt, zahlt das Unternehmen nur noch den Lohn für die tatsächlich geleistete Arbeit. Wenn die Arbeitszeit also nur noch 20 statt 40 Stunden in der Woche beträgt, wird der Lohn entsprechend um die Hälfte reduziert. Damit werden die finanziellen Belastungen des Unternehmens verringert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten Kurzarbeitergeld als Ersatz für das entfallende Einkommen in Höhe von 60 Prozent des entgangenen Nettolohns. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kind erhalten 67 Prozent.

Die Bundesregierung hat die Kurzarbeit zur Abfederung der Wirtschafts- und Finanzkrise wesentlich gestärkt:

- Die maximale Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld wurde auf 18 Monate verlängert.
- Die Agenturen für Arbeit erstatten die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung, die auf die Kurzarbeit entfallen. Damit werden die Unternehmen noch weiter entlastet.
- Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich während der Kurzarbeit weiterbilden, können für diese Zeiten die Beiträge zur Sozialversicherung sogar zu 100 Prozent übernommen werden.
- Um für einen oder mehrere Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter Kurzarbeitergeld zu beantragen, reicht ab sofort der Nachweis eines Entgeltausfalls von mehr als 10 Prozent. Die Bedingung, dass mindestens ein Drittel der Belegschaft von einem solchen Entgeltausfall betroffen sein muss, wird ausgesetzt.

Weitaus umfassender als bisher ist nunmehr die Verknüpfung der Kurzarbeit mit Qualifizierung möglich. Qualifizierung ist der entscheidende Schlüssel. Aufgrund der Überlast von Aufträgen haben Betriebe in Boomphasen hierfür keine Zeit. Jetzt ist die Gelegenheit, sich für einen längerfristig anstehenden Konjunkturaufschwung aufzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich appelliere deshalb an die Unternehmen, die Möglichkeiten, die Kurzarbeit bietet, auch aktiv und umfänglich zu nutzen. Politik kann die Instrumente schaffen. Umsetzen müssen Sie diese Maßnahmen!

Auch die Anbieter von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen sich auf die Krise einstellen. Gefragt sind Qualifizierungsangebote, die mit Phasen der betrieblichen Kurzarbeit kombinierbar sind, d.h. passgenau dann Arbeitnehmer zielgerichtet qualifizieren, wenn diese ihre Kurzarbeitsstunden oder -tage abfeiern.

Die Unternehmen können nicht nur Bundesprogramme nutzen, auch auf der Hamburger Ebene bieten wir unterstützende Maßnahmen an. Wir setzen diese in guter Zusammenarbeit mit anderen Hamburger Behörden um – mit der Behörde für Schule und Berufsbildung bei Ausbildungsmaßnahmen, mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Fragen der integrierten Stadtteilentwicklung und mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz bei Hilfen für Langzeitarbeitslose. Wir setzen hierbei weiterhin auf den engen Schulterschluss mit der örtlichen Arbeitsagentur sowie mit team.arbeit.hamburg, der örtlichen Arbeitsgemeinschaft SGB II (ARGE).

Meine Behörde hat hierzu eine Reihe von Maßnahmen entwickelt. Mit dem „500er-Programm“ gibt es eine Unterstützung für Hamburger Betriebe, schon bevor Kurzarbeit droht. Mit einem Qualifizierungsscheck von 5.000 Euro pro gesichertem Arbeitsplatz werden Betriebe unterstützt und auch Neuansiedlungen gefördert.

Auch in Krisenzeiten gilt es in die Zukunft weiterzudenken und für qualifiziertes Personal zu sorgen. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel fördern wir mit einem Sofortprogramm Ausbildungsplätze. Geplant sind hier derzeit 2 Mio. Euro zusätzlich zu den bisher zur Verfügung gestellten Geldern.

Wir unterstützen das sogenannte Programm „WeGebAU“ der Arbeitsagentur durch Beratung und Coaching von Personalverantwortlichen und älteren Beschäftigten, damit Mittel des Bundes besser eingesetzt werden können.

Auch europäische Programme können wir in der Krise nutzen. Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden gezielt Betriebe unterstützt. Der ESF wird von meiner Behörde in Hamburg umgesetzt. Für die Förderperiode 2007–2013 stehen insgesamt 91 Mio. Euro aus Brüssel zur Verfügung. In diesem und im nächsten Jahr sind es noch 25 Mio. Euro. 2008 haben rund 2.500 Betriebe von den Maßnahmen des ESF profitiert. Hier einige Beispiele:

- Mit einer Innovationsagentur berät die Handwerkskammer Handwerksbetriebe bei der Verbesserung ihrer betrieblichen Prozesse und ihres Angebots.
- Mit dem Programm BG-Start durch die Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH werden Existenzgründerinnen und Existenzgründer gecoacht, Controllinginstrumente anzuwenden, um die Erfolgsaussichten ihrer Gründungsvorhaben zu erhöhen.
- Für Selbstständige und kleine Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern bietet die Firma Evers & Jung GbR eine Beratungshotline an, die kompetente und zeitnahe Hilfestellung bei auftretenden Fragestellungen des Unternehmensalltags oder bei der Bewältigung bereits manifester Unternehmenskrisen leistet.

- Letztendlich wird mit einer clusterorientierten Arbeitsmarktpolitik gezielt das Fachkräftepotenzial in den Clustern der Zukunft gesichert. Ein Erfolgsbeispiel ist die Unterstützung der örtlichen Luftfahrtindustrie.

2. Arbeitslosigkeit engagiert bekämpfen

Wo Arbeitslosigkeit entsteht, müssen wir sie engagiert bekämpfen! Ein „Flaggschiff“ bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist das „Hamburger Modell“. Jährlich werden mehr als 4.500 Hamburger mit diesem – bundesweit erfolgreichsten – Kombilohnmodell in Arbeit gebracht. Während in anderen Bundesländern und auch im Bund Kombilohnmodelle eingestellt wurden oder schlecht laufen, boomt das Hamburger Modell. Der Grund des Erfolges ist ganz einfach: Die Umsetzung ist schnell, verständlich und unbürokratisch. Mit einem Zuschuss von monatlich 250 Euro sowohl für den Betrieb als auch den neu eingestellten Mitarbeiter wird die Spanne zwischen Nettolohn und Bruttoarbeitskosten drastisch verkürzt und so die Schaffung neuer Arbeitsplätze wieder profitabel.

Hamburg hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass es das „Hamburger Modell“ auch mit dem neuen Arbeitsförderungsrecht gibt. Bedroht ist jedoch längerfristig ein ähnliches Kombilohnmodell der Hamburger Arbeitsagentur. Wir setzten uns beim Bundesarbeitsministerium für eine Fortführung ein. Hier gilt die Formel: Eine erfolgreiche regionale Arbeitsmarktpolitik darf nicht durch zentrale – praxisferne – Vorgaben durch den Bund kaputt gemacht werden. Diese Formel gilt insbesondere für die notwendige Neuorganisation der ARGEN, deren Arbeitsfähigkeit sichergestellt sein muss. Dort werden in Hamburg 70 Prozent aller Arbeitslosen betreut.

Das Bundesverfassungsgericht hat die derzeitige Gemeinschaftsverwaltung von Kommunen und Arbeitsagenturen als Mischverwaltung für grundgesetzwidrig und damit für unzulässig erklärt. Nun soll das Grundgesetz geändert werden, um eine gesetzliche Organisation der Jobcenter als Anstalten öffentlichen Rechts zu ermöglichen. Ein erster Gesetzesentwurf liegt vor.

Auch wenn der Weg, bei einer unzulässigen Verwaltungspraxis nicht diese selbst, sondern das Grundgesetz zu ändern, befremdlich erscheint: Durch die Errichtung der Jobcenter als eigene Anstalten haben wir die Möglichkeit, effiziente Verwaltungseinheiten mit eigenem Personalkörper und eigener Verantwortlichkeit zu schaffen. Aber wir müssen darauf achten, dass die Jobcenter diese Verantwortung durch eigene Handlungsspielräume auch umsetzen können, um passgenau auf die Probleme vor Ort zu reagieren! Die Jobcenter dürfen nicht durch die Regelungswut des Arbeitsministeriums oder durch den bürokratischen Wust aus Nürnberg handlungsunfähig werden. Gerade hier müssen dezentrale Handlungsspielräume vorhanden sein und kommunale Kompetenzen eingebracht werden.

Aber auch arbeitslose Existenzgründer werden gezielt unterstützt. Kleinstunternehmern, welche max. 12.500 Euro benötigen und kein Darlehn über Banken bekommen, hilft meine Behörde als „Ersatzbank“ weiter. Voraussetzung ist, dass die mitgebrachte Idee mit einem fundierten Business-Plan belegt ist. Seit sechs Jahren wurden mehr als 530 Kleinunternehmer mit rd. 4,5 Mio. Euro unterstützt. Hamburg hat damit bundesweit das erfolgreichste Mikrolending-Programm der Bundesrepublik.

Ein letztes Beispiel ist die zielgerichtete Arbeitsvermittlung nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Um dies zu erreichen, gibt es bei der team.arbeit.hamburg einen Branchenpool der Handwerkskammer. Meine Behörde finanziert dort Betriebsberater. Diese beraten ausgewählte Bran-

chen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, Handwerksbetriebe und das Elektrogewerbe über die Nutzung von Fördermöglichkeiten und unterstützen Betriebe bei der Einstellung von neuem Personal.

3. Langzeitarbeitslosigkeit abbauen

Wo Arbeitslosigkeit nicht präventiv verhindert werden kann, wo Arbeitslosigkeit entstanden ist, da darf sie sich nicht zur Langzeitarbeitslosigkeit verfestigen. In Großstädten wie Hamburg ist Langzeitarbeitslosigkeit ein entscheidendes Problem. Aktuell sind mehr als 28 Prozent aller Arbeitslosen – dies sind mehr als 21.700 Hamburger – länger als ein Jahr arbeitslos.

Zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit gehört für mich die massive Umsetzung des Grundsatzes von „Fördern und Fordern“. Es gilt die Devise: „Hartz IV“ darf kein Lebensstil werden!

„Erwerbsfähige Hilfebedürftige müssen alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen. Sie müssen aktiv zur Eingliederung in Arbeit mitwirken.“ Das ist nicht etwa eine Forderung aus dem Raum der Politik. Das ist bereits Gesetz: § 2 des SGB II – der Grundsatz des Forderns! Diesen Grundsatz müssen wir umsetzen.

Gemeinsam mit unseren Partnern, der Agentur für Arbeit und team.arbeit.hamburg (ARGE), haben wir bereits Erfolge erzielt: Im letzten Jahr wurden insgesamt 50.000 Menschen gefördert, sei es von einem Bewerbungstraining bis hin zu 10 Monaten Beschäftigung auf einem Ein-Euro-Job. Insgesamt haben wir damit 25.000 Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Besonderes Augenmerk gilt den Jugendlichen: Aktuell sind noch mehr als 6.000 Jugendliche arbeitslos. Hier gilt es, die Zahlen weiter nach unten zu drücken. Es sollte in Hamburg keinen Jugendlichen geben, der zwei Jahre lang ununterbrochen Transferzahlungen bezieht! Meine Behörde setzt hier auf zwei Schritte ganz im Sinne des Förderns und Forderns:

- Der Jugendliche, der ein Arbeitsangebot, ein Angebot zur Qualifizierung oder auch eine Beschäftigungsmaßnahme nicht annimmt, wird durch externe Kräfte aufgesucht. Wenn es nicht anders geht, werden Sanktionen – und dies geht bei Jugendlichen bis zur zeitweiligen vollständigen Streichung der Unterstützung – ausgesprochen.
- Der zweite Schritt besteht darin, Perspektiven aufzuzeigen und Integrationsmaßnahmen anzubieten.

Unter den Langzeitarbeitslosen finden sich viele Menschen, die lange arbeitslos, oft gesundheitlich beeinträchtigt und ohne Schul- und Berufsabschluss sind. Hier sind keine Wunder zu erwarten. Dennoch muss das Ziel der Integration in Arbeit immer weiter verfolgt werden.

Dies tun wir mit dem Angebot von Arbeitsgelegenheiten, den sog. „Ein-Euro-Jobs“, ob zur Pflege von Grünanlagen, der Betreuung von Jugendlichen oder älteren Menschen oder bei der Unterstützung in Schulküchen. Immerhin: Jeder 6. Arbeitslose findet aus einer Arbeitsgelegenheit heraus einen Job im ersten Arbeitsmarkt. Das ist ein schöner Erfolg und zeigt, dass auch die sogenannten schwervermittelbaren Arbeitslosen einen Arbeitsplatz finden können, wenn sie engagiert und motiviert sind und die Grundsätze des Förderns und Forderns ernst genommen werden.

Dieses Ziel gilt auch für unser neues Programm JobPerspektive, mit dem wir gezielt 1.000 zusätzliche Jobs in benachteiligten Stadtteilen anbieten. Um es ganz deutlich zu sagen: Mit diesem Programm machen wir eine ehrliche Kehrtwende in der Sozialpolitik. Es geht um Angebote für schwerstvermittelbare Menschen, bei denen bereits eine Aktivierung

oft scheitert. Während Staaten wie die Niederlande hier den bequemen Weg gehen und Arbeitslosigkeit „per Rente“ statistisch minimieren, versuchen wir es anders. Theoretisch ist mit diesem Instrument eine lebenslange Förderung möglich. Aber wir überprüfen die Förderung ständig mit dem Ziel der Arbeitsmarktintegration. Es gilt die Devise, dass es sinnvoller ist, gesellschaftlich wertvolle Bürgerarbeit zu finanzieren, als allein zu Hause und damit ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Leben zu sein.

Wie Sie sehen, gibt es eine Vielzahl von Instrumenten und Angeboten der Arbeitsmarktpolitik. Wichtig ist aber, dass wir vor lauter Programmen und Maßnahmen nicht die Übersicht verlieren. Das Ziel ist klar: die Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

Der Weg ist aber noch zu unübersichtlich: Anstatt immer neue Programme zu schaffen, müssen wir die Arbeitslosen dort abholen, wo sie stehen, und sie durch passgenaue Maßnahmen fördern. Nach dem Abschluss einer Fördermaßnahme müssen wir Arbeitslose aber auch weiterhin begleiten und Anschlussperspektiven aufzeigen. Wir dürfen die Menschen dann nicht wieder in den Dschungel der Förderprojekte zurückschicken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen die Maßnahmen geschildert, die wir anstrengen, um Arbeitslosigkeit präventiv zu verhindern, um Arbeitslosigkeit dort, wo sie entstanden ist, engagiert zu bekämpfen, und dort, wo sie sich zur Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt hat, abzubauen.

Arbeitsmarktpolitik kann langfristig – über die Krise hinaus – nur dann ein starker Partner für die Menschen sein, wenn die örtliche Wirtschaft als wichtigster Akteur und eigentlicher Jobmotor floriert und Arbeitsplätze schafft.

Dies haben die letzten Jahre eindrucksvoll bewiesen: Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs in der Bundesrepublik sind die Arbeitslosenzahlen von 5 Millionen im Jahr 2005 auf unter 3 Millionen Ende des letzten Jahres zurückgegangen. Insgesamt sind etwa 1,5 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Hamburg ist dabei bundesweit der Spitzenreiter bei der Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Jobs!

Was bisher unbeachtet blieb, dies zeigt eine Analyse meines Hauses: Der Aufschwung am Arbeitsmarkt der letzten Jahre hat sich nicht auf wenige Bevölkerungsgruppen oder wenige Stadtteile konzentriert. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist gerade an den Menschen in sozial schwächeren Stadtteilen nicht vorbeigegangen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war beispielsweise in Steilshoop, Dulsberg oder Hammerbrook sogar drei-, vier- bis sechsfach höher als in Blankenese oder in Othmarschen. Dies zeigt: Arbeitsmarktpolitik ist langfristig auf gute Politik auch in anderen Bereichen angewiesen. Eine gute Bildungspolitik, die die Talente und Begabungen der jungen Menschen fördert. Eine gute Finanzpolitik, die mit maßvollen Steuern und Abgaben die Eigeninitiative der Menschen nicht behindert. Eine gute Sozialpolitik, die auch die Menschen erreicht, die nicht aus eigener Kraft am Arbeitsleben teilnehmen können. Und eine gute Wirtschaftspolitik, die dort reguliert, wo der Markt versagt, ansonsten aber Freiräume für die Dynamik, Kreativität und Veränderungsbereitschaft der Menschen lässt.

In der derzeitig konjunkturell schwierigen Lage aber greift unsere Arbeitsmarktpolitik. Unsere Maßnahmen sind flexibel genug, um zu reagieren. Wir können bedarfsgerecht aufsatteln und unsere Mittel zielgerichtet einsetzen. Die Arbeitsmarktpolitik ist damit ein wichtiger Stabilisator zur Eindämmung der Krise. Und mehr noch: Indem Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter in der Zeit der konjunkturellen Schwäche in den Unternehmen bleiben und sich qualifizieren, brauchen die Unternehmen beim Anspringen der Konjunktur nicht erst langwierig und kostenintensiv neue Mitarbeiter suchen. Unsere Arbeitsmarktpolitik ist damit auch Gaspedal, wenn der Konjunkturmotor wieder anspringt.

Damit darf ich zum Ende meiner Rede feststellen: Gerade in Zeiten der Krise ist die Arbeitsmarktpolitik der Freien und Hansestadt ein starker und verlässlicher Partner für die Menschen und Unternehmen Hamburgs! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! ■